

Statt der Pflicht die Kür, danach die höhere Gebühr

Die Abgaben und Gebühren sind in der Gemeinde Bodenwöhr höher als in vergleichbaren Kommunen. Diese Tatsache wäre vermeidbar. Daher wollen wir ihr den Schwerpunkt dieses Bürgerblatts widmen. Vorweg: In den Haushaltsberatungen wurde klar, dass die Belastungen für die Bürger noch schlimmer kommen werden als von uns beschrieben. Natürlich bewerten wir darüber hinaus weitere Ereignisse des Jahres aus unserer Sicht.

Die Finanzpolitik des Bürgermeisters und die Zustimmung der meisten Gemeinderäte zu diesen Plänen haben die von uns vorhergesehene Gebührenspirale in Gang gesetzt. Betroffen sind in erster Linie Familien mit Kindern und sozial Schwache. In den folgenden Artikeln können Sie lesen, warum das so ist und wie es auch anders gegangen wäre.

Folgekosten nicht bedacht

Als Fraktion der Bürgerliste möchten wir klarstellen, dass wir diesen Kurs nicht mitgehen wollen. „Denkmäler“, die im Wesentlichen Luxus sind, werden mit Förderungen begründet. Natürlich sind Förderungen einerseits schön, aber andererseits ziehen sie Folgekosten nach sich, die sich eine Gemeinde in unserer Größe schlichtweg nicht leisten kann.

Man kann schon argumentieren, dass Mehrwerte geschaffen werden, doch diese Mehrwerte müssen auf Dauer unterhalten werden. In all den Berechnungen, denen die Mehrheit der Gemeinderäte zugestimmt hat, sind diese Folgekosten nicht berücksichtigt.

Ein Beispiel: Wir bauen einen Bürgersaal im Alten Bahnhof und einen Bürgersaal im ehemaligen Rathaus in der Ortsmitte. Brauchen wir wirklich beides?

Die Gebühren müssen erhöht werden. Bodenwöhr ist mit den Gebühren in eine neue Dimension vorgestoßen. Zum Gebührendeckungssystem und zum Verursacherprinzip, welches gerne als Argument verwendet wird, lesen Sie ebenfalls einiges in den folgenden Artikeln.

Es ist allgemein bekannt, dass auf die Kommunen schwere

Zeiten zukommen, weil Förderungen gestrichen werden. Inflation, Energie, Löhne etc. tun ein Übriges. Viele Bürgermeister prüfen deshalb derzeit ihre Pläne und stellen die Leute auf Zeiten ein, in denen die Gemeinde kleinere Brötchen backt. Sie stellen Wünschenswertes zurück und geben Notwendigem den Vorrang.

Geld für Grundaufgaben fehlt

In Bodenwöhr ist das anders: Hier wird alles, was scheinbar dem Ruhm und der Ehre des Bürgermeisters dient, angeschoben. Für die Grundaufgaben fehlt dann das Geld. Oder

vielmehr muss das fehlende Geld dann über Gebührenerhöhungen hereingeholt werden.

Wichtigste Themen ignoriert

Wir wollen bei den Investitionen in eine neue Dimension vorstoßen, so ließ der Bürgermeister im Oberpfalzboten über sich berichten. In den nächsten Jahren sollen 18 Millionen Euro investiert werden. Unser Kanal und die teils schlechten Wasserleitungen – also die wichtigen Themen – kommen in dieser Liste nicht vor.

Wer das alles bezahlt und ob das sein muss, können Sie selbst beurteilen. Welche Folgen diese Entscheidungen kurz- und langfristig haben, darauf wiesen wir bereits im letzten Bürgerblatt 2023 hin. Wie wir seit der letzten Haushaltsberatung wissen, hatten wir nicht nur Recht, sondern es kommt für die Bürger noch schlimmer als befürchtet.

Da sich einige Themen über ein Jahr entwickeln und fortschreiben, verweisen wir auf Bürgerblätter der vergangenen Jahre. Diese finden Sie auf unserer Website (siehe Fußzeile).



Bürgermeister Hoffmann investiert fleißig in Prestigeprojekte. Für die Grundaufgaben der Gemeinde fehlt das Geld – die Bürger zahlen über hohe Gebühren die Zeche. Bild: jakubzdzicki/pexels.com

Was soll dieser Wasserpreis?

Bürgermeister investiert in Luxusprojekte – auf Kosten der Familien

Wer im vierten Quartal 2023 die Zeitung gelesen hat, konnte erfahren, dass viele Kommunen die Wassergebühren angehoben haben. Durch die steigenden Energiekosten, Löhne etc. ist dies nachvollziehbar. In anderen Kommunen sind aber die Preise nach der Erhöhung immer noch niedriger als in Bodenwöhr vor der Erhöhung.

Bodenwöhr betreibt mit Bruck und Nittenau die gleiche Kläranlage. Man müsste also meinen, dass die Preise einigermaßen ähnlich sein müssten.

Enorm hohe Gebühren

Die Realität ist anders. Wasser kostet in Nittenau 1,53 Euro, in Bruck 1,50 Euro und in Bodenwöhr 2,58 Euro. Die Abwassergebühr liegt in Nittenau bei 2,15 Euro, in Bruck bei 1,70 Euro und in Bodenwöhr bei 3,10 Euro. So kann man es auf den Internetseiten der Kommunen lesen (Stand 01.10.2024). Der Preis wird 2025 etwas fallen. Ab 2026 steigen jedoch laut Kalkulation die Kanalgebühren um mindestens 47 Cent.

Das Wasser für Cham kommt teils auch aus der Bodenwöhrer Senke und muss über 35 Kilometer weit nach Cham gepumpt werden. Der Wasserpreis in Cham beträgt 1,60 Euro, der Abwasserpreis 1,29

Euro. Da stellt man doch die Frage, warum das so ist?

Hohe Belastung für Familien

Wir hatten im Jahr 2023 bei der Wasserversorgung rund 157.000 Euro Unterdeckung. Bei 4.300 Einwohnern sind das rund 36 Euro pro Einwohner. Eine Familie mit zwei Kindern wurde somit im Jahr 2023 rein rechnerisch mit 144 Euro bezuschusst.

Einen Teil der Unterdeckung verursachen allerdings die gewerblichen Großverbraucher. Insofern ist die „Bezuschussung“ der Familien in Wirklichkeit noch geringer. Ob es da notwendig ist, diese mit etwa 500 € im Jahr mehr zu belasten, ist da eine mehr als berechtigte Frage.

Natürlich sollten die Wasserversorgung und andere Gebühren so kalkuliert sein, dass sie die anfallenden Kosten decken. Das ist aber kein Muss. Es gibt wahrscheinlich keine Kommune in Bayern, die diese Kosten wirklich komplett umlegt, denn dies trifft nicht nur Familien mit Kinder besonders hart, sondern hemmt auch Investitionen und schreckt Betriebe ab.

Sparsam wirtschaften

Wenn ein Teil der Unterdeckung aus dem Verwaltungshaushalt ausgeglichen wird, dann ent-



Die Wasser- und Abwassergebühren in Bodenwöhr sind im kommunalen Vergleich enorm hoch. Statt Familien und sozial Schwächere über eine Kostenunterdeckung zu entlasten, investiert Bürgermeister Hoffmann lieber in Luxusprojekte. Bild: shuetsa/pexels.com

lastet das sozial Schwächere. Ein Bürgermeister hat gemeinlich ein Interesse daran, sparsam zu wirtschaften und zukunftsorientiert zu investieren, denn eine hohe Unterdeckung belastet seinen Haushalt (siehe auch Artikel Seite 4).

Weitere Erhöhungen in Sicht

Hoffmann hingegen investiert lieber in Prestigeobjekte. Ein sanierter Bahnhof macht natürlich mehr her als eine Solaranlage, die den Strom für die Pumpwerke liefert. Genau diese Politik führt dazu, dass das Geld nicht mehr reicht und die Gebührenschaube angezogen werden muss.

Zählt man nun die Wasser- und die Kindergartenbusgebühren zusammen, dann ist eine Familie mit zwei Kindern durchschnittlich mit 1.800 Euro Mehrbeitrag im Jahr betroffen.

Hinzu kommen noch die neuen Kindergartengebühren. Enorme Erhöhungen zum Beispiel der Friedhofsgebühren sind schon in der Pipeline.

Wenig Geschäftssinn

Als Bürgerliste vertreten wir die Meinung, dass eine angemessene Gebührenerhöhung

durchaus angebracht ist. Es darf aber nicht dazu führen, dass Familien mit Kindern die größte Last tragen. Solange wir uns Luxus-Objekte wie den Bahnhof leisten, aber auch bei kleineren Ausgaben wenig Geschäftssinn zeigen, ist es der falsche Weg, Familien und sozial Schwächere zu belasten.

Viele unnötige Ausgaben

Beispiele gibt es viele: Rund 5.000 Euro waren für Logo und Plakat zur 900-Jahr-Feier fällig (siehe Artikel Seite 5 – wer hat das Logo erstellt?). Die Seebühne schlug mit ca. 7.000 Euro zu Buche, die Silvesterparty brachte knapp 5.000 Euro Verlust ein, die Neujahrs-gala machte rund 5.000 Euro Verlust, unnötige Gutachten im fast sechsstelligen Bereich wurden in Auftrag gegeben. Das sind die „Kleinigkeiten“, die sich schnell summieren. Der nächste Neujahrsball – wieder mit 5.000 Euro Verlust – ist schon gebucht, obwohl der Gemeinderat etwas anderes wünscht.

Die hier angegebenen Preise sind den Websites der jeweiligen Kommunen entnommen. (Stand 10/2024)

Kein lokales Angebot

Kindergartenbus kommt aus Dieterskirchen

Im Juli 2023 wurde der Kauf eines Transporters für rund 15.000 Euro und im Oktober der Kauf eines Kindergartenbusses für etwa 47.000 Euro beschlossen. Auf die Frage, ob Angebote von Bodenwöhrer Händlern eingeholt wurden, teilte der Bürgermeister mit, dass „die Marke Ford favori-

siert wird und deshalb keine Anfrage bei diesen Firmen erfolgte“. So ist es sinngemäß auch im Protokoll der Gemeinderatssitzung zu lesen. Ob es sinnvoll ist, für Kundendienst und Reparaturen bis nach Dieterskirchen zu fahren und welche Zusatzkosten dadurch entstehen, darf man sich fragen.

Bahnhof: Lage verschlimmert

480.000 € für Altlasten – Landkreis als Mieter, der keine Miete zahlt

Im letzten Bürgerblatt vom Herbst 2023 und auch in der Ausgabe vom Herbst 2022 konnten Sie bereits lesen, wie „sinnvoll“ das Nutzungskonzept des Bahnhofsgebäudes ist. Nun kommen noch Altlasten hinzu – die Situation hat sich weiter verschlechtert.

Der Baugutachter stellte im Nachhinein fest, dass dem Gebäude eine Bodenplatte fehlt. Schwermetallbelastung und Asbest befinden sich in Wänden und Mauern.

Das Gutachten gab der Bürgermeister erst nach dem Kauf in Auftrag. Ergebnis: Die Mängel und Altlasten verursachen Mehrkosten von rund 480.000 Euro.

Auf Miete verzichtet

Auf Mieteinnahmen durch den Landkreis verzichteten die Räte und der Bürgermeister ebenfalls. Der Betrieb der MINT-Schule ist Landkreisaufgabe. Stattdessen übernehmen wir als Gemeinde den kompletten



Das Nutzungskonzept des Bahnhofs ist in keiner Weise sinnvoll, für Landkreis und Bahn als „Mieter“ sind keine Mietzahlungen vorgesehen. Nun kommen auch noch Mehrkosten auf die Gemeinde zu, weil das Gebäude bauliche Mängel hat und mit Schwermetall und Asbest belastet ist. Das Gutachten gab der Bürgermeister erst nach dem Kauf des Gebäudes in Auftrag.

Unterhalt des Gebäudes und die zusätzliche technische Gebäudeausrüstung. Für die Bahn bauen wir kostenfrei einen Wartesaal – auch hier gibt es keine Miete.

Betriebskosten nicht bekannt

Die Frage, ob es eine Kalkulation gibt, wie hoch die Betriebskosten im Bahnhof sein

werden, konnten Kämmerer und Bürgermeister nicht beantworten. Wir von der Bürgerliste rechnen mit mindestens 4.000 Euro monatlich.

Grob und niedrig kalkuliert: Der Bahnhof muss sauber gehalten werden. Das Auf- und Zusperrn erfolgt zu Zeiten, zu denen die meisten Menschen schlafen.

Bei nur zwei Stunden pro Tag und 25 Euro Stundenkosten für die Gemeinde sind wir bereits bei rund 1.500 Euro im Monat. Energie, Wasser, Versicherung, Räumen und Streuen dürften nochmal mit ca. 2.500 Euro zu Buche schlagen.

Einnahmen aus der Investition werden wir keine erzielen, weil weder Bahn noch Landkreis bezahlen. Wie der Bürgermeister der Bürgerliste schriftlich bestätigen ließ, gibt es keinen Vertrag mit dem Landkreis. Mit der Bahn ohnehin nicht.

Hintergründe unter Verschluss

Unser Antrag, die Hintergründe über den Deal mit dem Landkreis zu erfahren, stammt von Dezember 2023. Mündlich haben wir bereits im April 2023 gefragt, also weit vor Baubeginn. Keiner der anderen Gemeinderäte wollte Genaueres wissen. Erst im Januar bei einer Bürgerversammlung verkündete der Bürgermeister stolz: „Es ist uns gelungen, die MINT-Schule kostenfrei einzumieten.“

Noch kein Bauplatz

Wann geht es weiter im Baugebiet Taxöldern?



Schaffe, schaffe, Häusle bauen? In Taxöldern werden Szenen wie diese wohl noch auf sich warten lassen.

Bild: Mikael Blomkvist/pexels.com

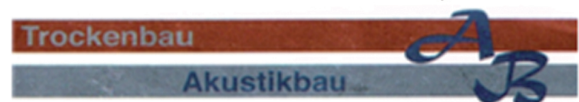
Erinnern Sie sich? Vor drei Jahren haben wir im Bürgerblatt die Zufahrtssituation zum Baugebiet Taxöldern als nicht möglich beschrieben. Einige CSU-Gemeinderäte und der Bürgermeister haben uns damals in der Mittelbayerischen Zeitung verunglimpft und in der Sitzung beschimpft. Doch trotz der Mehrheit der Gemeinderäte ist bis heute kein Bauplatz entstanden. Wir nehmen an, dass vor der Wahl im Februar 2026 nichts mehr passieren wird. Sonst würde ja erkennbar, dass die Realität so ist, wie wir sie beschrieben haben.

Wir wünschen ein frohes, besinnliches Weihnachtsfest



Holzbau
Zimmerei
Terrassenbau
Bedachungen
Dachsanierungen
Dienstleistungen

Wir wünschen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch



Alfred Brosig

Föhrenstr. 7
92439 Bodenwöhr
Tel. 09434 / 20 24 00
Fax 09434 / 20 24 20
Mobil 01 71 / 30 45 739
Email: trockenbau.brosig@gmx.de

Mit leeren Kassen in die Krise

Wir leben über unserer Verhältnisse – das haben wir jetzt schriftlich!



Kaufmännisch solides Rechnen ist nicht die starke Seite des Bürgermeisters: Die Rücklagen der Gemeinde sind zu 90 Prozent aufgebraucht, Kredite können nicht zurückbezahlt werden, die Aufnahme des nächsten Millionenkredits ist schon beschlossen.

Bild: Jakobzdzicki/pexels.com

Die Rücklagen in Bodenwöhr sind zu 90 Prozent aufgebraucht. Alte Kredite können nicht zurückgezahlt werden und müssen verlängert werden. Weitere Kredite sind notwendig.

Hohe Zinskosten

Zwei Kredite sind vor kurzem ausgelaufen und konnten nicht zurückbezahlt werden. Die Restschuld beträgt zusammen rund 670.000 Euro. Dafür bezahlen wir jetzt 3,3 Prozent Zinsen. Das sind jährlich 22.110 Euro.

Auch hier hätte ein ordentlicher Kaufmann, statt wild in Luxus zu investieren, seine Schulden zurückbezahlt. Stattdessen ist der nächste Zwei-Millionen-Kredit schon vom Gemeinderat

verabschiedet worden.

Der Kämmerer zeigt uns mittlerweile nicht mehr, wie sich unsere Kredite in Zukunft entwickeln, sondern nur noch, was wir dafür an Zinsen zahlen müssen. Nennt sich Schuldendienst und sieht wesentlich besser aus.

Schuldenabbau längst vorbei

Können Sie sich an die bürgermeisterfreundlichen Presseartikel in der MZ erinnern, in denen wir lesen konnten, wie stark wir die Schulden reduzieren? Selbst der Kämmerer meinte damals, dass es sich hier nur um eine Momentaufnahme handeln würde.

Wer unser letztes Bürgerblatt vom Dezember 2023 gelesen hat, erinnert sich vielleicht

noch an das Zitat unseres Kämmerers, welches auch dem Präsident des bayerischen Gemeindetages Dr. Uwe Brandl zugeschrieben wird: „Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem.“ Wenn diese Weisheit also offensichtlich auch in unserer Führungsetage angekommen ist, stellt sich die Frage, warum man die Ausgaben trotzdem weiter hochgetrieben hat.

Einnahmen sind da

Dass wir entsprechende Einnahmen haben, ist daran erkennbar, dass wir für 2025 mit einer weiter steigenden Kreisumlage rechnen müssen. Je mehr Einnahmen eine Gemeinde hat, umso höher ist die Kreisumlage. Die Schlüsselzuweisungen werden vermutlich geringer ausfallen. Je mehr Einnahmen eine Gemeinde hat, umso geringer sind die Schlüsselzuweisungen.

Die Bürger, die den Standpunkt vertreten, dass „der Bürgermeister wenigstens was vorwärts bringt“, werden in den nächsten Wochen bestimmt weniger werden. Es ist nicht schwer, sich für eine tolle Party feiern zu lassen, wenn die Bürger die Zeche bezahlen.

Als der Kämmerer den Gemeinderäten in den letzten Haus-

haltsberatungen die Zahlen präsentierte, hat sich wohl so mancher Gemeinderat an die warnenden Worte der Spar-samkeit aus den Reihen der Bürgerliste erinnert und sich gewünscht, dem Bürgermeister in der Vergangenheit weniger vertraut zu haben. Die Ratlosigkeit war regelrecht zu greifen. Die Räte der Bürgerliste waren an keiner der Luxusentscheidungen beteiligt.

Wer eine Krise vor Augen hat und sich an fünf Fingern abzählen kann, dass harte Zeiten auf die Gemeinde zukommen, würde als ordentlicher Kaufmann sein Geld zusammenhalten und daran arbeiten, über die Runden zu kommen. Die Gemeinde Bodenwöhr stolpert mit leeren Kassen in die Krise.

Endlich genau hinschauen

Ein bürgermeistertreuer Gemeinderat – nicht aus der CSU – meinte, sein Bauchgefühl sage ihm, dass hier nur noch eine kräftige Gebührenerhöhung helfe, denn mit Einsparungen komme man nicht weiter.

Wir würden dagegen sagen, dass der Bürgermeister endlich aufhören soll, das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster zu werfen. Und die Gemeinderäte sollen endlich einmal genau hinschauen.

Expertise ignoriert

Hoffmann erklärt sich zum Bausparfachmann

Bei einer öffentlichen Fraktionssitzung wurde Hoffmann gefragt, wieso er die Unterlagen zum Bausparabschluss dem Gemeinderat Feldmeier nicht zeige. Sei doch der wahrscheinlich der einzige im Gemeinderat, der sich mit der Materie auskenne. Zum wiederholten Mal bestätigte der

Bürgermeister, dass Feldmeier der einzige Gemeinderat sei, dem er die Unterlagen nicht zeigt. Feldmeier würde nämlich die Unterlagen falsch interpretieren. Außerdem kenne er sich als Bürgermeister mit Bausparen besser aus als jeder andere in der Gemeinde, so Hoffmann. Ahem...

Ein frohes Fest und besinnliche Tage



Feldmeier Assekuranz

Versicherungsmakler § 93 HGB

UNABHÄNGIGE VERMITTLUNG
UND BETREUUNG

Buchbergerstr. 18 92439 Bodenwöhr
09434/ 3672 Fax 2453 0173 / 95 600 92

Riesen-Chance verpasst

Sondereinnahmen nicht gut genutzt – enorme Folgekosten für Luxusprojekte

Finanzstärke zählte aus verschiedenen Gründen noch nie zu den Disziplinen, in denen wir besonders gut waren. Die Zinszahlungen und Tilgungen sind und waren dadurch immer ein wesentlicher Minusposten in unserem Haushalt.

Im Jahr 2023 hatten wir einen unerhofften Geldregen: Rund 2,2 Millionen Euro kamen aus dem Verkauf des Baugebiets Birkerl, eine Gewerbesteuer-nachzahlung von etwa einer Million Euro ging ein und wir erhielten Corona-Unterstützung in Höhe von rund 300.000 Euro.

Hätten wir das Geld genutzt, um uns von einem Großteil unserer Schulden zu befreien oder in kostensparende Technik zu investieren, wäre dies nachhaltig gewesen. Andere Kommunen investieren zum Beispiel in ihr Wassernetz und betreiben ihre Wasserpumpen mit Solarstrom. Damit senken sie die hohen Stromkosten und somit auch die Wasserpreise.

Was machen wir? Wir investieren in Dinge, die schön sind und die wir auch alle gerne haben würden, deren Folgekosten für uns aber nicht zu bezahlen sind.



Andere Gemeinden investieren in sinnvolle Projekte wie Solarzellen, um damit ihre Wasserpumpen zu betreiben. Bodenwöhr gibt sein Geld lieber für Luxusprojekte aus – und bittet am Ende die Bürger zur Kasse.
Bild: Hoan Ngoc/pexels.com

Es dürfte mittlerweile jedem aufgefallen sein, dass Deutschland vor einem großen Umbruch steht. Die Steuereinnahmen werden sinken, die Zuschüsse von Bund und Land für die Gemeinden werden zurückgehen. Richtig ist, dass wir für Bauvorhaben oft 60 Prozent Zuschuss bekommen. Aber selbst bei 100 Prozent Zuschuss müssen wir uns fragen, ob wir die Folgekosten tragen können. Wenn wir die Gebäude einmal haben, müssen wir für ihren Unterhalt aufkommen, ob wir wollen oder nicht.

Die Mehrheit im Gemeinderat stellt sich die Frage nach den Folgekosten nicht (siehe Seite 4). Der Bodenwöhrer Kämmerer bei der Interkommunalen Ratsitzung in Bruck: „In Kämmererkreisen weiß man seit

Jahren, dass es nicht so weitergeht.“

Sein Tipp unter anderem an die Markträte von Bruck: Wenn man kein Geld habe, seien „wünschenswerte Dinge“ zurückzustellen, weil Wasser und Kanal wichtig sind. Robert Feuerer, Zweiter Bürgermeister aus Bruck und politischer Haudegen, meinte, als langjähriger Marktrat wisse er selbst, dass man Geld nur einmal ausgeben kann. Auf solche Tipps sei man nicht angewiesen.

Es ist schon ein Treppenwitz, wenn ausgerechnet der Kämmerer von Bodenwöhr den Bruckner erklärt, was zu tun ist. Bruck hat seit Jahrzehnten bessere Finanzen als Bodenwöhr und eine wesentlich sparsamere Bürgermeisterin.

Selbstfahren billiger

Der Kindergartenbus wird richtig teuer

Vor vielen Jahren hat sich die Gemeinde entschieden, einen Kindergartenbus einzuführen. Die Eltern in den Ortsteilen sollten zeitlich und finanziell entlastet werden. Damit wurde auch gegen einen eigenen Kindergarten in Alten- und Neuenschwand argumentiert.

35 Euro betrug die Monatsgebühr bis zum Sommer 2024. Inflationsbereinigt wäre die neue Gebühr laut Kämmerer bei 50 Euro gelegen. Doch

vor allem die Gemeinderäte aus den Ortsteilen waren der Meinung, diese Erhöhung sei zu gering. Auf sage und schreibe 75 Euro pochten Gemeinderäte aus Warmersdorf, Altenschwand, Taxöldern, Pingarten und Windmais. Nur die Gemeinderäte der Bürgerliste spielten nicht mit.

Zum Vergleich: In Bruck liegt die Busgebühr bei 25,56 Euro, in Schwandorf wurde sie im Sommer sogar stark gesenkt.

Üppige Entlohnung

Extrem teure Entwürfe für 900-Jahr-Feier

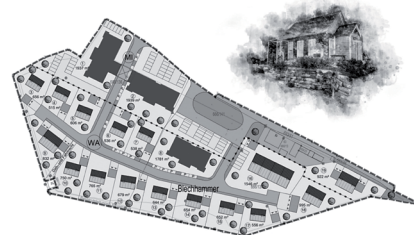
Sage und schreibe fast 5.000 Euro sind an gute Bekannte des Bürgermeisters – die Ersteller des Hammerblattes – geflossen, um die „kreative Leistung“ für den Entwurf des Plakates und des Logos zur 900-Jahr-Feier zu entlohnen. Das Interessante dabei ist, dass als scheinbare Urheberin

eine Gemeindeangestellte im Internet genannt ist. Wofür dann die 5.000 Euro geflossen sind, ist fraglich. Selbst wenn die Rechnungsteller die Ersteller des Plakates und des Logos sind, dürfen sich die Bürger fragen, warum der Bürgermeister das Geld derart zum Fenster hinauswirft.

Eine Immobilie hat nur eine Aufgabe:

SIE MUSS ZU IHREN PLÄNEN PASSEN.

Wir sind ihr Partner für die Planung, Steuerung und Durchführung Ihrer Immobilienentscheidungen am Baugebiet in Blechhammer, Bodenwöhr.



SCHÖNEK
Taucherstraße 7
92439 Bodenwöhr

Immobilien GmbH

Telefon: 09436/30021-0
Telefax: 09436/30021-55
E-Mail: immobilien@schoenek.de
Internet: www.schoenek-immobilien.de

Kläranlage: Jetzt wird's teuer

Wer soll die Maßnahme bezahlen? Drei Vorschläge liegen auf dem Tisch

Zum Jahresende 2024 läuft die Einleitungsgenehmigung für die Kläranlage in Nittenau aus. Diese wird nur verlängert, wenn wir mindestens zehn Millionen Euro inklusive Ringkanal im Hammersee investieren.

An den Kosten ist die Gemeinde mit 25 Prozent beteiligt. Was nichts anderes heißt, als dass wir rund 2,5 Millionen bezahlen müssen. Zuschüsse sind möglich, es könnten etwa 50 Prozent sein.

Rücklage ansparen versäumt
Das Ärgerliche daran ist, dass diese dringend notwendige Investition unserem Bürgermeister seit 2020 bekannt ist. 2022 wurde bereits die Vorplanung abgeschlossen. Damit musste Hoffmann klar sein, dass es sinnvoll wäre, ein paar Groschen dafür zur Seite zu legen.

Zwei Vorschläge zur Finanzierung der Maßnahme kamen aus der Verwaltung. Die Bürgerliste machte einen dritten Vorschlag. Wir stellen die drei Möglichkeiten hier kurz und knapp dar.

Vorschlag Nummer eins aus der Verwaltung: Wir heben die Kanalgebühren um 47 Cent an. Betroffen sind dann alle Einwohner der Gemeinde. Der Vorteil ist soziale Gerechtigkeit, denn jeder Bürger wird nach Verbrauch beteiligt. Nachteilig ist, dass die Gemeinde die Investition vorfinanzieren muss.

Hohe Kosten für Hausbesitzer
Als Vorschlag Nummer zwei brachte die Verwaltung ein, dass jeder Hausbesitzer nach Grundstücks- und Geschossfläche einen Anteil bezahlt. Dieser kann vierstellig sein. Das hat den Vorteil, dass die Gemeinde keinen Kredit braucht. Es kann weiter in den Luxus investiert werden.

Der Nachteil ist, dass die Option sozial ungerecht ist, weil sich die Gemeinde das Geld von den Hausbesitzern nimmt. Junge Familien, die neu gebaut haben, oder Rentner, die sich mit einem Eigenheim ein Stück Altersversorgung geschaffen haben, zahlen die Versäumnisse des Bürgermeisters, der seit spätestens 2022 weiß, dass wir viel Geld bezahlen müssen.



Dass es in Sachen Kläranlage teuer wird, weiß Bürgermeister Georg Hoffmann spätestens seit 2022. Allerdings sah er darin keinen Anlass, Rücklagen aufzubauen.

Der dritte Vorschlag kommt von der Bürgerliste. Diese vertritt den Standpunkt, dass die Anschaffung aus dem Haushalt finanziert werden solle. Bei etwa 1,3 Millionen Euro Investitionssumme, verteilt auf drei Jahre, müssten rund 400.000 Euro pro Jahr in den Haushalt eingeplant werden.

Finanzstarke mehr belasten
Der Vorteil ist, dass keine Kreditzinsen und keine Belastung für bestimmte Gruppen anfallen. Die Lösung ist sozial am

gerechtesten, denn durch Gewerbesteuer und Einkommensteuer bezahlen die Starken mehr als die Schwachen. Die Gemeindefinanzen müssen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, nicht auf Luxus.

Die Nachteile betreffen in erster Linie den Bürgermeister und die Gemeinderäte, die meinen, sie müssten unbedingt Luxuskonsum hinterlassen: Der Bürgermeister wird dazu gezwungen, mit dem vorhandenen Geld zurechtzukommen.

Fehlentwicklung um Bahnhof

Wir hätten kosten- und risikofrei haben können, wofür wir jetzt bezahlen

Aus den Ausschreibungsunterlagen, die jedem Gemeinderat vor der Zustimmung zum Nutzungskonzept vorlagen, ist ersichtlich: Wir gehen von mindestens 250.000 Euro Mehraufwand für technische Gebäudeausrüstung wegen der MINT-Schule aus. Kosten für Landkreisaufgaben, die die Bodenwöhrer schultern müssen.

Wir stellen die Frage – und diese Frage sollten Sie jedem

einzelnen Gemeinderat stellen: Wäre es nicht sinnvoll gewesen, wenn die Gemeinderäte die Initiative der Bürgerliste unterstützt hätten, zuerst nachzufragen, zu welchen Konditionen sich die MINT-Schule einmietet? Wie viel Miete die Bahn bezahlt und ob nicht vorher ein Gutachten über die Bausubstanz sinnvoll gewesen wäre?

Wir fragen außerdem, warum Bürgermeister und Gemeindef

räte ein Gebäude kaufen, das durch den fehlenden Platz für Parkplätze, E-Ladesäulen etc. nicht richtig entwickelt werden kann. Wir berichteten darüber im Bürgerblatt 2022.

Die Kommentare des Bürgermeisters zu der Fehlentwicklung lauten ähnlich wie die Aussagen bei den Bürgerversammlungen: Wer den Bahnhof nicht gut findet, hat das System dahinter nicht verstanden.

Herr Riegelsberger, Käufer des Gebäudes, bevor die Gemeinde das Vorkaufsrecht zog, besitzt das gesamte Gelände entlang der Gleise bis zum Straßenrand. Pizzeria, Büros und Lebensmittelmarkt waren geplant. Bodenwöhr hätte kosten- und risikofrei dasselbe bekommen, wofür wir jetzt bezahlen. Wäre es da nicht vernünftiger gewesen, das Gebäude wie von uns vorgeschlagen Herrn Riegelsberger zu überlassen?

Aus der Rechnungsprüfung

Alle Anträge der Bürgerliste abgelehnt – Vernichtung von Steuergeldern

Die Rechnungsprüfung war eine nutzlose Veranstaltung. Alle Anträge, die die Bürgerliste für eine genauere Prüfung gestellt hatte, wurden mit der Mehrheit der Vertreter der CSU- und SPD-Fraktion abgelehnt.

Plausibilität prüfen

Genauer prüfen wollten wir die Vergabe des Bausparers, die Silvester- und Neujahrspartys der Bürgermeisters sowie die 900-Jahr-Feier. Wahrscheinlich gilt die öffentliche Aussage des Bürgermeisters auch hier: dass Feldmeier etwas falsch interpretieren würde.

Die Rechnungsprüfung hat nicht die Aufgabe, zu prüfen, ob zu jeder Kontobuchung eine Rechnung vorliegt. Sinn der Sache ist eigentlich, die Plausibilität der Vorgänge zu prüfen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Das war leider nicht möglich. Das viel zitierte gläserne Rathaus hat die Rollos schon lange heruntergelassen.

Inventarliste verweigert

So gibt es seit fünf Jahren keine Inventarliste. Seit dem Jahr 2020 versuchen wir, über den Rechnungsprüfungsausschuss eine Inventarliste über die beweglichen Werkzeuge, Vorräte, Möbel und sonstigen Bestände der Gemeinde zu bekommen. Bis dato leider erfolglos.

Der Kämmerer erklärte, dass es sehr aufwändig sei, ein Anlagenverzeichnis zu erstellen, weil hier auch getätigte Investitionen wie Wasserleitungen erfasst sein müssten. Ein Anlagenverzeichnis verlangt allerdings niemand. Offensichtlich versteht man in der Verwaltung nicht, dass eine Inventarliste etwas anderes ist als ein Anlagenverzeichnis.

Dazu der Fraktionsvorsitzende der Bürgerliste, Alois Feldmeier: „Wenn Walter Spirk, Fraktions-sprecher der CSU, in der Zei-

tung verlauten lässt, dass der Gemeinderat gar keine Kontrollfunktion habe, weil es bei unserem Bürgermeister so etwas nicht brauche, dann lässt das erkennen, wie sehr man die Realität ignoriert. Als Leser unserer Bürgerblätter haben Sie vielleicht in der Vergangenheit manchmal gedacht, dass in so einem politischen Blatt immer etwas übertrieben wird. Sie werden feststellen, dass es eigentlich noch schlimmer gekommen ist, als wir beschrieben haben.“

auch genauer hinschauen. Die in diesem Blatt beschriebenen Geschichten wurden alle noch vor ihrem Amtsantritt in die Wege geleitet.

Vier Anträge – alle abgelehnt

Nur die Freien Wähler unterstützten die Anträge der Bürgerliste in der Rechnungsprüfung. Das reichte aber nicht zur Mehrheit. Dadurch wurde die Rechnungsprüfung zur Farce.

Vier Anträge zur genaueren Prüfung wurden abgelehnt:

te eingeholt wurden, so wie es Rechnungsprüfungsausschuss und Gemeinderat letztes Jahr bestimmt haben.

900-Jahr-Feier: Wir wollten die Zusammenhänge prüfen, da es hinter den Kulissen ein ziemliches Chaos gab. Das verursachte erhebliche Mehrkosten, die nicht notwendig gewesen wären. Wir vermuten hier Fehlbeträge im fünfstelligen Bereich.

Nachdem unsere Anträge alle von CSU und SPD abgelehnt



Das Sparschwein der Gemeinde Bodenwöhr ist unter Georg Hoffmann auf Diät gesetzt. Wenn es der Bürgerliste in der Rechnungsprüfung darum geht, genauer hinzusehen, wo das Geld geblieben ist, blocken CSU und SPD die Anträge ab und verweigern die Akteneinsicht.
Bild: Tim Reckmann / pixelio.de

Man könnte manchmal als Gemeinderat verzweifeln, wenn man sieht, wie hier Entscheidungen getroffen werden, wenn erkennbar ist, mit welcher Leichtigkeit Geld ausgegeben wird. Mit ein bisschen mehr Hinschauen könnten wir unseren Bürgern viel Geld sparen und auf so manche Gebührenerhöhung verzichten.

Was Hoffnung macht, ist die Tatsache, dass seit Amtsantritt der Gemeinderätin Verena Obermeier die Freien Wähler

Bausparvertrag: Wir wollten prüfen, wie es zu den 48.000 Euro an unnötiger Abschlussgebühr gekommen ist.

Silvester- und Neujahrsgala: Wir wollten prüfen, warum das Defizit je Veranstaltung bei rund 5.000 Euro liegt, und einen Gegenvorschlag bringen, denn andere Kommunen erzielen mit solchen Veranstaltungen Gewinn.

Hammerblatt: Wir wollten sehen, welche Vergleichsangebo-

worden waren, herrschte sichtlich Erleichterung. Das verstehen wir.

Akteneinsicht verweigert

Was ergab die Rechnungsprüfung sonst noch? Leider nicht viel. Letztes Jahr haben BLB, FWG und SPD noch an einem Strang gezogen und konnten so erhebliche Geldverschwendungen in der Gemeinde aufdecken. Diesmal konnten diese nicht nachvollzogen werden. Die Einsicht in die Akten wurde verweigert.

Kein Konzept, keine Kalkulation

Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) auf Gemeindegeldern geplant

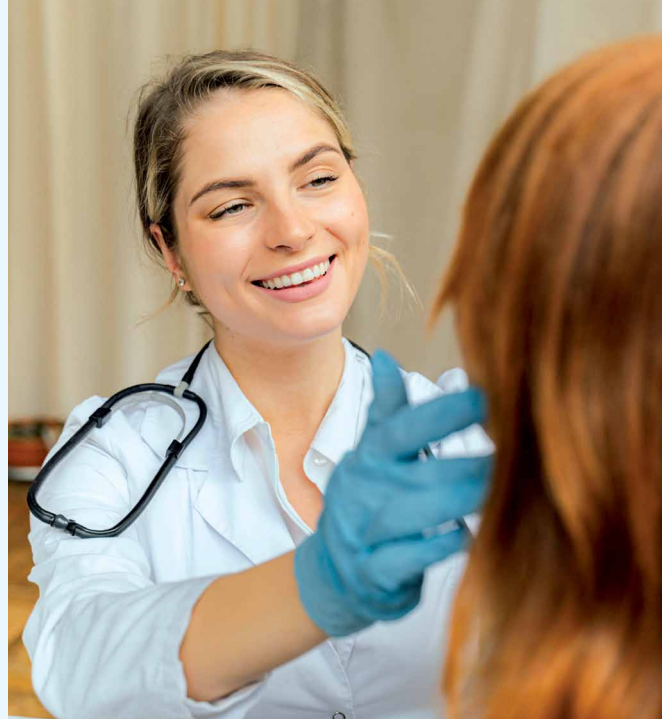
Um „der bestehenden Arztpraxis in Bodenwöhr Konkurrenz zu machen“ – so die Aussage des Bürgermeisters – und auch noch Chef einer Arztpraxis zu werden, hat Georg Hoffmann bereits die Praxisräume der ehemaligen Arztpraxis Kögler angemietet.

Ohne Konzept, ohne Kalkulation der notwendigen Patientenzahlen, wie der Kämmerer offen zugibt, sieht sich der Bürgermeister in der Lage, mit seiner Verwaltung die Aufgabe zu stemmen.

Was ist wichtig zu wissen?

Der Betreiber des MVZ ist die Gemeinde. Die Administration läuft über das Rathaus. Wir benötigen zwei Ärzte, die über die Gemeinde angestellt sind, und zusätzliches Personal wie Arzthelferinnen. Die Einrichtung, Gerätschaften und alles Weitere wird komplett von der Gemeinde gestellt. Die Einrichtung einer Arztpraxis dürfte bei rund 250.000 Euro liegen. Dazu kommen Personalkosten von etwa 500.000 Euro pro Jahr.

Auf die Frage, warum ein Arzt die Stelle in Bodenwöhr gut finden sollte, meinte der Bürgermeister, das liege daran, dass der Arzt am Gewinn beteiligt sei. Man gehe aber davon aus, dass das MVZ Verlust machen werde. Auf die Frage, an welchem Gewinn dann der Arzt



Medizinische Versorgung ist wichtig. Doch was der Landkreis aus guten Gründen nicht anfasst, traut sich Bürgermeister Hoffmann ohne Weiteres zu: Er will in Bodenwöhr auf Gemeindegeldern ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) einrichten und betreiben. Ein Konzept oder eine Kalkulation gibt es nicht.

Bild: Antoni Shkraba/pexels.com

beteiligt sein wird, gab es keine Antwort.

Als unser Fraktionsvorsitzender Alois Feldmeier fragte, ob es eine Kalkulation gebe, wie viele Patienten notwendig wären, welche Einnahmen nötig seien, damit das Unternehmen auch gelinge, musste der Kämmerer zugeben, dass solche Berech-

nungen nicht angestellt wurden (nachzulesen im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 26.06.2024).

Damit ist auch dieses Vorhaben ein Beispiel dafür, dass Hoffmann einfach ins Blaue hinein investiert, ohne die einfachsten kaufmännischen Grundsätze zu beachten.

Wie ist der Sachstand?

Da derzeit nur eine Ärztin möglicherweise bereit ist, ihren Dienst am MVZ aufzunehmen, aber zwei Ärzte für den Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums notwendig sind, haben CSU und SPD einen Headhunter aus Hamburg für rund 30.000 Euro engagiert. Dieser erhält 9.000 Euro Starthonorar und bei Erfolg zwei Monatsbruttogehälter an Provision. Laut Auskunft des Bürgermeisters stellte der Headhunter in Aussicht, dass er vielleicht jemanden in seiner Kartei hat, der in Frage käme. Bei Aussicht auf ein Starthonorar von 9.000 Euro hätte wohl jeder eine Person in seiner Kartei.

Trotz der Tatsache, dass Hoffmann weder Zahlen noch ein Konzept vorlegen konnte, stimmten SPD und CSU für den Plan.

Landkreis fasst Thema nicht an

Der Landkreis, der andere Möglichkeiten hätte, ein MVZ zu betreiben, hält sich zurück, weil der Betrieb viel Geld, Fachwissen und Erfahrung voraussetzt. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass seine Erfahrung reicht, weil der Kämmerer einen mehrtägigen Kurs zum Thema besucht hat. Außerdem sehe er seine Verwaltung durchaus in der Lage, ein MVZ zu betreiben, und er wünsche sich mehr Wertschätzung für seine Mitarbeiter.

Zur Personalsituation

Die Personalkosten der Gemeinde Bodenwöhr sind von 2,172 Millionen Euro im Jahr 2022 auf 2,594 Millionen Euro im Jahr 2024 gestiegen.

Gründe für Ausstieg unklar
Mit dem Mitarbeiter Georg Schuhbauer kehrt erneut eine wichtige Stütze mit viel Kom-

petenz und Fachwissen der Gemeinde Bodenwöhr den Rücken. Wie schon vor einigen Jahren beim Weggang der Kämmerin und im letzten Jahr beim gleichzeitigen Ausscheiden der beiden Tourismusfachkräfte ist auch diesmal über die Gründe nichts zu erfahren.

Impressum

Bürgerliste Bodenwöhr e.V.
1. Vorsitzender Frank Wanke
Im Kugelschlag 30, 92439 Bodenwöhr
Mail: kontakt@bl-bodenwoehr.de || Web: bl-bodenwoehr.de

Redaktionelle Verantwortung i.S.d.P.:
Alois Feldmeier, Buchbergerstraße 18, 92439 Bodenwöhr

Auflage: 2.500 Exemplare || Druck: flyeralarm.de
Drucklegung: 25.11.2024. Sollten sich seitdem Änderungen ergeben haben, finden Sie diese auf unserer Webseite.

Bürgerliste